



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

7. Dezember 2021
Bossart Rolf

A 457 Anfrage Bucher Noëlle und Mit. über «Predictive Policing» im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Noëlle Bucher ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Anfrage wurde von Rahel Estermann übernommen.

Rahel Estermann ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Rahel Estermann: Polizistinnen und Polizisten tragen extrem viel Verantwortung für das menschliche Zusammenleben. Sie müssen viele Entscheidungen fällen, und meist sind die Entscheidungen für die betroffenen Personen sehr unangenehm. Die Polizei hat aber Instrumente, die sie in diesen Entscheidungen unterstützen. Das sind ganz klassische Instrumente, aber auch ganz neue wie zum Beispiel Software für Predictive Policing. Diese Software verspricht Erkenntnisse über künftige Verbrechen, was faszinierend für alle ist, die den Film «Minority Report» gesehen haben. Wir müssen dies nüchtern betrachten. Es gibt bei dieser Technologie Chancen und Risiken, und der Regierungsrat zeigt dies in seiner Antwort auch auf. Danke für diese Ausführungen. Leider wird in der Antwort nicht ganz klar, wie die Tools wirklich eingesetzt werden. Nutzen Einzelpersonen die Resultate, oder wird das in Gruppen bei der Polizei besprochen? Der Einsatz dieser Software macht die Polizeiarbeit zweifellos noch anspruchsvoller, als sie sonst schon ist. Gemäss Untersuchungen überschätzen diese Tools in ihren komplexen und intransparenten Berechnungen das Risiko für ein Verbrechen oder die Rückfallgefahr eines Täters oder einer Täterin. Insbesondere trifft das auf das System zu, das in Luzern eingesetzt wird, das sogenannte «Dyrias». Diese Risikoverzerrung zu erkennen und abzuschätzen, braucht ziemlich viele Fähigkeiten. Umso wichtiger ist es, dass wir Polizistinnen und Polizisten in ihren Kompetenzen unterstützen und ihre Ressourcen stärken. Die Schulung für die Instrumente übernimmt nicht die Polizei selbst, kann man in der Antwort lesen, sondern der Softwareanbieter. Es würde mich deshalb besonders interessieren, ob die heutige Schulung ausreicht, damit die Anwendung durch die Polizei korrekt erfolgt und die Resultate richtig interpretiert werden können. Auch wären eine externe Evaluation und mehr Transparenz sinnvoll. Eine Evaluation in der täglichen Arbeit, wie sie momentan erfolgt, bietet zu wenig Überblick. Wir haben alle oft mit Evaluationen zu tun, und wir alle wissen: eine wirklich gute Evaluation braucht Zeit und Abstand. In einem Medienartikel von Anfang 2021 hat Christian Bertschi, Mediensprecher der Luzerner Polizei, zu diesen Programmen gesagt: «Die Tools sind ein elektronisches Instrument, welches uns eine gewisse Sicherheit gibt.» Die G/JG-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass die Anwenderinnen durch solche Software nicht in falscher Sicherheit gewogen werden sollen, sondern dass abschliessend und in jedem Fall Menschen über den Einsatz und das Vorgehen der Polizei entscheiden müssen. Wir werden die Polizeiarbeit auch in Zukunft konstruktiv kritisch begleiten, und wir haben unsere Anliegen deshalb auch in der vor Kurzem stattgefundenen Vernehmlassung zur

Revision des Polizeigesetzes in diesem Sinn eingebracht.

Melanie Setz Isenegger: Die neuen elektronischen Möglichkeiten sind bekanntlich nicht nur ein Segen und die Vorstellung, Gewalttaten könnten damit komplett verhindert werden, wohl eine Wunschvorstellung. Dies hat auch meine Vorrednerin bereits ausgeführt. Dazu braucht es immer noch Menschen, die Daten pflegen, Ergebnisse auswerten und wenn nötig eingreifen. Ausserdem hinken die datenschutzrechtlichen Bestimmungen und die gesetzliche Legitimation solcher Hilfsmittel den bereits bestehenden Möglichkeiten immer deutlich hinterher. Hier ist es unbedingt notwendig, dass sich die ausführenden Personen stets innerhalb der gesetzlichen Leitplanken bewegen und sich nicht aufgrund von Zeit- oder öffentlichem Druck zu vorschnellem Eingreifen oder ungerechtfertigten Datensammlungen verleiten lassen. Menschliche Ressourcen lassen sich damit in der Strafverfolgung nicht einsparen. Das Datenschutzgesetz wurde im Kanton Luzern angepasst, das Polizeigesetz wird demnächst beraten. Vorher ist es nicht angezeigt, solche Systeme anzuwenden. Es ist schade, dass die Risikoanalyse-Systeme auf ihre Tauglichkeit und Wirksamkeit nicht auch von einer externen Stelle beurteilt werden. In der täglichen Arbeit bleibt unseres Erachtens dafür keine Zeit. Ausserdem ist oft den wenigsten Anwenderinnen und Anwendern bekannt, wie die Tools überhaupt funktionieren, was ihnen kaum vorzuwerfen ist. Was die SP im Umgang mit Analyseinstrumenten und Algorithmen in der Strafverfolgung aber weiterhin unbedingt fordert, sind ein adäquater Einsatz, Transparenz über die angewendeten Systeme, rechtliche Grundlagen, ein absolutes Risikobewusstsein im Umgang damit, welche Daten gefüttert werden, und immer eine fachliche Einschätzung darüber, was die Tools hinterher ausspucken. Ich denke es ist interessant zu sehen, wie sich der Saal bei dieser Thematik lichtet. Das ist wohl das Hauptproblem. Wir sind uns einfach nicht bewusst, was diese Systeme bewirken und auslösen können. Wir müssen unbedingt darauf achten, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen.

Philipp Bucher: Nach Einbrüchen, bei Drohungen, nach schweren Verbrechen und vor allem bei Tötungsdelikten wird immer wieder gefragt und teils auch heftig diskutiert, was die Polizei zur Verhinderung solcher Taten getan hat. Gerade nach tragischen Tötungsdelikten – wir erinnern uns dabei an die Ermordung einer Sozialvorsteherin in unserem Kanton oder an das Attentat im Kantonsrat Zug – wird die Forderung nach präventiven Massnahmen der Polizei laut. Deshalb erachten wir es als richtig und wichtig, dass unsere Luzerner Polizei nicht nur Schwergewichte bei den Ermittlungen nach Straftaten setzt. Für die Erfüllung des von uns zu verantwortenden Auftrags, nämlich der Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit, von Ruhe und Ordnung sowie der Einhaltung von Gesetzen, braucht es die notwendigen Mittel. Die Antwort des Regierungsrates zeigt uns klar auf, dass auch die Mittel der Digitalisierung verantwortungsbewusst und zielgerichtet eingesetzt werden. Das Predictive Policing, die vorausschauende Polizeiarbeit, nutzt moderne digitale Verfahrenstechniken, damit Prognosen zu schweren Straftaten gegen Leib und Leben und das Eigentum möglichst frühzeitig erkannt werden und diese auch verhindert werden können. Das unterstützen wir. Wir sind froh und dankbar, wenn intelligente Software das Wirken der Polizistinnen und Polizisten effizient und zielführend unterstützen kann. Dabei vertrauen wir auch auf die Ausbildung unserer kompetenten Polizistinnen und Polizisten. Dank dieser Ausbildung und Erfahrung stützen sie sich nicht blind auf die Ergebnisse der Software, sie setzen selbstverständlich auch alle vorhandenen Informationen für die Prognose ein, welche die herkömmliche Polizeiarbeit liefert. Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden.

Marlis Krummenacher-Feer: Die Regierung hat die Fragen aus Sicht der Mitte-Fraktion ausführlich beantwortet. In der Anfrage werden Chancen und Risiken des Predictive Policing aufgezeigt. Predictive Policing ist ein Hilfsmittel und wird zur Einschätzung des Potenzials gewalttätiger Personen eingesetzt. Ziel ist es, Personen und Situationen, die ein gewalttätiges Potenzial in sich bergen, zu erkennen, einzuschätzen und zu entschärfen. Diese vorausschauende, noch neue Software wird in der Deutschschweiz überkantonal eingesetzt. Genaue, differenzierte Aussagen können noch nicht gemacht werden. Diese Technik ist noch neu und braucht noch etwas Zeit, bis genügend Datenmaterial vorhanden

ist. Es wird sich in Zukunft zeigen, ob und wie sich diese Methode in der Praxis bewährt.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Der Einsatz von digitalen Mitteln ist ein Gebot der Stunde, wenn man auch präventiv Wirkung erzielen will. Es gibt gewisse Möglichkeiten, um beispielsweise Serientaten zu ermitteln. Die Software ist hier dem Menschen in dem Sinn überlegen, indem sie Muster oder mögliche Täter in Millionen von Daten erkennen kann. Selbstverständlich gibt es beim Einsatz solcher Tools Chancen und Risiken. Die Risiken haben wir im Griff, indem wir aufgrund vorhandener oder noch zu schaffender Rechtsgrundlagen arbeiten, damit der Datenschutz respektiert und eingehalten wird. Ich denke es ist gerade für die präventive Arbeit einfach unerlässlich, dass wir uns auf solche digitalen Hilfsmittel stützen. Sie ersetzen aber nicht die Urteilsfähigkeit oder die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten; das soll sie auch nicht. Es sind wie gesagt Hilfsmittel, diese sollen aber nicht selbst entscheiden, das würde zu weit gehen. Ich bin froh über diesen Vorstoss. Wir brauchen Erfahrungen und müssen mit solchen Instrumenten arbeiten. Wir müssen lernen, mit ihnen umzugehen. Sie sollen aber nie die Polizeiarbeit ersetzen. Die personellen Ressourcen sind auch nach wie vor nötig.